

Machtprestige als Motiv des saudischen Krieges im Jemen

May Darwich

Am 26. März 2015 begann Saudi-Arabien, Luftangriffe auf den Jemen zu fliegen mit dem Ziel, die Herrschaft des geflohenen Präsidenten Abed Rabbo Mansour Hadi wiederherzustellen. Die tatsächlichen Beweggründe für den saudischen Kriegseintritt bleiben bislang im Dunkeln. Studien zum Ausbruch von Kriegen basieren vornehmlich auf der Prämisse rational Handelnder, die materielle Ziele verfolgen. Indessen ist das saudische Motiv für seine Intervention im Jemen „Machtprestige“. Saudi-Arabien will seine Führungsrolle im Nahen Osten etablieren und stärken.

Analyse

Die Saud-Dynastie war während der letzten Jahrzehnte eher für ihre vorsichtige Außenpolitik bekannt. Die Intervention im Jemen belegt dagegen ein zunehmend militärisches Selbstbewusstsein, um auf regionaler und internationaler Ebene einen Zuwachs an Prestige zu erlangen. Diese Politik stellt jedoch ein gefährliches Wagnis für die Stabilität des Königreichs dar.

- Konventionelle Erklärungen für einen Kriegsausbruch greifen zu kurz, um das saudische Motiv für den Angriff auf seinen stark geschwächten und politisch gespaltenen Nachbarn zu erklären.
- In staatseigenen Medien stellt Saudi-Arabien seine Militärintervention als einen Stellvertreterkrieg gegen den Iran entlang des konfessionellen Sunna-Schia-Gegensatzes dar. Es gibt jedoch keinen Hinweis darauf, dass Iran im Jemen militärisch involviert ist. Zudem lässt sich der Konflikt nicht auf einen rein konfessionellen Gegensatz reduzieren.
- Der gegenwärtige Jemen-Krieg verdeutlicht, dass Saudi-Arabien bestrebt ist, als eine regionale Führungsmacht anerkannt zu werden. Der neue König Salman, der im Januar 2015 auf seinen verstorbenen Bruder Abdullah folgte, versucht durch seine Machtdemonstration gegen das militärisch weit unterlegene Nachbarland, Machtprestige zu erlangen. Er will demonstrieren, dass das Königreich die Destabilisierung von befreundeten Regimen nicht toleriert.
- Mittel- und langfristig ist nicht auszuschließen, dass sich der Jemen-Krieg negativ auf die Stabilität der Identität des Königreichs auswirken wird.

Stichwörter: Saudi-Arabien, Jemen, Huthi-Bewegung, Machtprestige

Jemen in der Krise

An der Meerenge Bab al-Mandab am südlichen Zugang zum Roten Meer gelegen, stellte Jemen immer schon einen Eckpfeiler der saudischen Außenpolitik dar. Seit der Gründung des Königreichs im Jahr 1932 strebte die saudische Herrscherfamilie (Al Saud) danach, im Jemen ein befreundetes Regime an der Macht zu halten, um eigene Interessen zu sichern. Sie mischte sich in die jemenitische Innenpolitik ein, indem sie einige lokale Gruppen gegeneinander ausspielte, jemenitische Gastarbeiter als Druckmittel einsetzte und Stammesführer korrumpierte. Gelegentlich griff Saudi-Arabien auch militärisch ein, insbesondere bei Grenzstreitigkeiten.

Die saudische Intervention im Jemen im März 2015 gibt jedoch ein Rätsel auf. Wissenschaftliche Studien zum Ursprung von Kriegen konzentrierten sich vorwiegend auf die Prämisse rational handelnder Akteure, die materielle Ziele wie das Streben nach Macht, Sicherheit und Wohlstand verfolgen. Dementsprechend wägen die Konfliktakteure Kosten und Nutzen ab, wenn sie zu Waffengewalt greifen (Fearon 1995). Realistische Argumente für den Ursprung von Kriegen werden in veränderter Machtverteilung oder in militärischen Bedrohungen gesehen. Diese Erklärungen greifen jedoch zu kurz, um die saudische Entscheidung für den Kriegseinsatz im Jemen zu erklären. Angesichts fehlender signifikanter Machtverschiebungen zwischen dem Königreich und seinem Nachbarn und keinerlei militärischer Bedrohung aus dem Jemen ist unklar, was das reichste arabische Land mit einem zerstörerischen Krieg gegen das ärmste Land der Region erreichen will.

Die jemenitische Innenpolitik ist komplex und oftmals von wechselnden Allianzen geprägt. Die gegenwärtige Krise begann während der arabischen Aufstände im Frühjahr 2011. Die Protestbewegung im Jemen ähnelte zunächst jenen in Tunesien und Ägypten, als die Bevölkerung gegen das Regime des damaligen Präsidenten Ali Abdullah Saleh demonstrierte und politische und wirtschaftliche Reformen verlangte. Die Huthi-Bewegung und ihre wichtigste Partei-Miliz, Ansar Allah (Gefolgsleute Gottes), die seit mehr als einem Jahrzehnt im Norden des Landes gegen die Zentralregierung rebellierten, legten ihre Waffen nieder und beteiligten sich an den friedlichen Protesten.

Das saudische Königreich entwarf zusammen mit anderen Golfmonarchien einen Übergangsplan

für das Land, um zu gewährleisten, dass Präsident Saleh durch eine befreundete Regierung ersetzt wird. Sie verhandelten Salehs Absetzung und unterstützten dessen Vizepräsidenten Abed Rabbo Mansour Hadi in der Präsidentschaftswahl am 21. Februar 2012, die ohne Gegenkandidaten stattfand (Carapico 2013).

Der von den Saudis forcierte, aber brüchige Übergang stürzte Jemen in einen Konflikt zwischen verschiedenen Gruppierungen, der das Land an den Rand eines Bürgerkrieges brachte. Die jemenitischen Sicherheitskräfte spalteten sich in zwei Lager: eines loyal gegenüber Hadi, der vor allem Unterstützung im Südjemen fand, das zweite loyal gegenüber Saleh, der sich mit den Huthi-Rebellen im Norden verbündete (International Crisis Group 2014). Die Lage gestaltet sich noch komplizierter, weil von dieser Spaltung sowohl al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) als auch die jemenitischen Verbündeten des Islamischen Staats (IS), die ihren Einflussbereich im Jemen ausweiteten, profitieren.¹

Die politischen Spannungen erreichten im September 2014 einen Höhepunkt, als die Huthi die militärische Kontrolle über die Hauptstadt Sanaa erlangten. Im Januar 2015 trat Präsident Abed Rabbo Mansour Hadi zurück. Der zeitgleiche Rücktritt der Regierung führte zum Gewaltausbruch zwischen den beiden verfeindeten Lagern. Ende Februar 2015 flüchtete Hadi von Sanaa nach Aden, das er zu seinem neuen Hauptquartier machte. Innerhalb weniger Tage drangen die Huthi in den Süden vor, nahmen Ta'izz, die zweitgrößte Stadt des Landes, ein und eroberten al-Anad, den Ort der US-Militärbasis, die am 21. März 2015 evakuiert wurde. Danach rückten die Huthi nach Aden vor und bombardierten das Hauptquartier von Hadi. Daraufhin flüchtete er ins Exil nach Saudi-Arabien und forderte eine externe Intervention. Am 25. März 2015 griff Saudi-Arabien Jemen in der „Operation Storm of Resolve“ mit dem erklärten Ziel an, die legitime Herrschaft Hadis wiederherzustellen und die Huthi mit ihren Verbündeten daran zu hindern, die vollständige Kontrolle über das Land zu übernehmen. Nur Stunden später kündigten acht autokratisch regierte arabische Staaten – Ägypten, Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait, Marokko, Sudan und die Vereinigten Arabischen Emirate – ihren Beitritt zu

¹ AQAP und IS verfolgen im Jemen unterschiedliche Ziele. Außer gegeneinander kämpfen sie sowohl gegen Hadi als auch die Huthi.

einer von Saudi-Arabien geführten Koalition an. Auch die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und die Türkei unterstützten diese Koalition mit diplomatischen und logistischen Maßnahmen.

Die saudische Offensive im Jemen spiegelt einen Strategiewechsel des Königreichs wider, das sich zur Durchsetzung seiner Ansprüche in der Region auf seine eigenen Ressourcen verlassen will. Das Königreich rechtfertigte mit großem medialen Aufwand seine Aggression. Staatseigene und regimenahe saudische Medien stellen insbesondere einen Stellvertreterkrieg mit Iran und die Spaltung zwischen Sunniten und Schiiten als zentrale Topoi des Krieges dar. Der Konflikt im Jemen wird als Teil eines größeren regionalen Kampfes zwischen dem sunnitischen saudischen Königreich und dem schiitischen Iran gesehen. Bei näherer Betrachtung verschwimmt dieses Bild jedoch. Was zunächst als Stellvertreterkrieg zwischen sunnitischen und schiitischen Akteuren erscheint, ist vielmehr eine saudische Aggression, die nur zweit-rangig aus konfessionell begründeter Motivation resultiert.

Jemen: Ein Stellvertreterkrieg?

Das Königreich hat offiziell als Ziele seiner Intervention „die Verteidigung der legitimen Regierung im Jemen“ und „die Rettung des jemenitischen Volkes vor der Aggression der Huthi“ verkündet. Während des 26. Gipfels der Arabischen Liga in Scharm el-Scheikh (28.-29. März 2015) schwor König Salman: „Die Kampagne wird weitergehen, bis sie ihre Ziele erreicht und das jemenitische Volk Sicherheit hat“ (*al-Arabiya*, 28. März 2015). Ein weiteres Argument entwickelte sich schnell als die vorrangige Erklärung der saudischen Entscheidung – das eines Krieges zwischen dem Königreich und den angeblich von Iran unterstützten Huthi, die der zaiditisch-schiitischen Glaubensrichtung angehören. In diesem Kontext stellten die im Besitz der Saudis befindlichen Medien und religiöse Führer rasch den Jemen als Ort des Kampfes der Saudis gegen die Schiiten dar, die nicht nur den Jemen, sondern die gesamte Region bedrohen würden. König Salman beschuldigte die Huthi, von Iran unterstützt zu werden und die konfessionelle Spaltung des Jemen zu betreiben. Zahlreiche Wissenschaftler und Analysten griffen diese Argumentation auf und stellten den Konflikt im Jemen als einen Kampf zwischen dem saudischen Königreich und Iran

dar, in dem die Trennungen innerhalb des Islams die Verwerfungslinien des Konflikts markieren. Das saudische Narrativ eines konfessionalistischen „Stellvertreterkrieges“ fand überraschend große Verbreitung in den Medien.²

Den Krieg im Jemen als einen Stellvertreterkrieg entlang der konfessionellen Trennungslinien zu beschreiben, ist indes irreführend und falsch. Ein Stellvertreterkrieg kann definiert werden als „einer, in dem Staaten (oder Sponsoren) nicht-staatlichen Stellvertretern, die in einen Konflikt gegen einen gemeinsamen Feind oder für ein gemeinsames Ziel involviert sind, Beihilfe leisten“ (Hughes 2014: 523). Die Rolle des Iran im Jemen ist jedoch von den Saudis übertrieben und sogar bewusst verfälscht worden, um ihre eigene militärische Intervention zu legitimieren. Es gibt kaum Hinweise auf eine Unterstützung Irans für die Huthi, die zudem eine genuine Rebellenbewegung über die Trennungslinien der Konfessionen hinweg sind. Die Huthi-Bewegung ist eine im politischen Kontext des Jemen verwurzelte Stammesbewegung. Sie war zuvor an Aufständen gegen die Regierung und an militärischen Grenzkonflikten mit dem saudischen Königreich beteiligt, wobei es auch seinerzeit keine Unterstützung durch Iran gab. Die Entscheidungen und politischen Ziele der Gruppierung sind in ihrer lokalen, jemenitischen Führungsrolle verwurzelt. US-amerikanische Geheimdienstoffiziere bezweifelten die Behauptung, dass die Huthi eine Stellvertretergruppierung des Iran im Kampf gegen das Königreich seien. Die Einnahme von Sanaa durch die Huthi im September 2014 etwa beweist das Gegenteil, da iranische Vertreter die Huthi-Rebellen vor diesem Schritt gewarnt hatten (Waktin et al. 2015). Die Huthi ignorierten jedoch diesen Rat. Darüber hinaus gibt es keinen zwingenden Beweis, dass Iran die Huthi militärisch oder finanziell unterstützt. Stattdessen erhalten die Huthi militärische Hilfeleistung von ihrem wichtigsten Verbündeten, Ex-Präsident Saleh, dessen Armee mit US-Waffen ausgestattet ist. Auch ist der politische Kampf im Jemen keine binär konfessionelle Angelegenheit. Zwar gehören viele Mitglieder der Huthi-Bewegung der Zaidiyya, einem schiitischen Zweig, an, aber dennoch unterscheidet sich

² Das Wall Street Journal vom 26. März 2015 hatte zum Beispiel die Schlagzeile: „The Yemen Conflict Devolves into Proxy War“. Am 3. April 2015 veröffentlichte *Der Spiegel* einen Artikel mit dem Titel „Proxy War in Yemen“, online: <www.spiegel.de/international/world/saudi-arabia-and-iran-fighting-proxy-war-in-yemen-a-1027056.html> (13. Juli 2015).

der Zaidismus vom Zwölfer-Schiismus, der in Iran dominiert. Tatsächlich rücken theologische Differenzen zwischen Zaidismus und Zwölfer-Schiismus ersteren näher an den sunnitischen Islam.

Die Zaiditen präsentieren sich selbst als eine sowohl vom Schiismus als auch Sunnismus getrennte Sekte.³ Bemerkenswert ist auch, dass die Unterstützer Salehs aus den Reihen der jemenitischen Armee, die an der Seite der Huthi kämpfen, Sunniten sind. Ironischerweise waren die Huthi früher die Verbündeten Saudi-Arabiens. Im Jahr 1962 führte eine Gruppe jemenitischer Offiziere einen Staatsstreich in Sanaa durch und stürzte die Monarchie, um eine Republik zu errichten. Der vertriebene Monarch Imam Muhammad al-Badr zog sich in den Norden des Jemen zurück, wo er von zaiditischen Stämmen unterstützt wurde – denselben Stämmen, aus denen die Huthi-Bewegung in den 1990er Jahren hervorging. Im Kontext des Arabischen Kalten Krieges, der die Region in den 1950er und 1960er Jahren beherrschte, wurde der Kampf im Jemen zu einem echten Stellvertreterkrieg zwischen Ägypten, das die Republik unterstützte, und dem saudischen Königreich, das die Monarchie unterstützte (Kerr 1971). Infolge der ägyptischen Intervention im Jemen zur Unterstützung eines Staatsstreichs, um die Monarchie zu stürzen, versorgte das saudische Königreich die mit der Monarchie verbündeten zaiditischen Streitkräfte mit Waffen und Logistik. Nachdem sie den Krieg verloren hatten, begann Saudi-Arabien jedoch, die Huthi zurückzudrängen. Seit den 1980er Jahren startete das Königreich mehrfach Kampagnen, um den Wahhabismus im Jemen zu verbreiten, eine konservative religiöse Lehre, welche den Schiismus als Abweichung (*bid'a*) vom „wahren Islam“ sieht.⁴ Gegen diese Zurückdrängung und die Gewaltherrschaft von Saleh entwickelte sich die Huthi-Bewegung zu einem Aufstand gegen das Regime in Sanaa.

Deshalb kann die jüngste Krise im Jemen als ein Bürgerkrieg zwischen Gruppierungen im Wettstreit um politische Macht gesehen werden, der von einem Konflikt zwischen Konfessionen weit entfernt ist.

3 Zum Hintergrund der Huthi-Bewegung sowie des Zaidismus siehe Salmoni et al. (2010).

4 Wahhabismus bezieht sich auf die saudische Variante der sunnitischen Tradition. Das Wort „Wahhabismus“ leitet sich von den Lehren des muslimischen Gelehrten Muhammad Ibn 'Abd al-Wahhab (1703–1792) ab. Die Bezeichnung „Wahhabismus“ ist eine abwertende Bezeichnung, da die Wahhabiten sich selbst als Muwahhidun (Monotheisten) und Salafiiyun (Anhänger der „aufrechten Altvorderen“) bezeichnen.

Der Kampf um Prestige

Studien zum Ursprung von Kriegen werden von materialistischen Erklärungen dominiert. Einige Wissenschaftler argumentieren jedoch, dass der Ausbruch von Kriegen auch in Beziehung zu nicht-materiellen Bedürfnissen gesetzt werden kann. Motive wie Ehre, Identität und der Wunsch nach Anerkennung sind symbolische Dimensionen, die staatliches Verhalten, einschließlich des Rückgriffs auf bewaffnete Konflikte, erklären könnten (Lindemann 2010). Max Weber vertritt die Meinung, dass Staaten militärische Macht anhäufen, um Machtprestige zu erlangen, das er als „die Ehre der Macht über andere Gebilde“ definiert (Weber 2009: 66). Staaten sind stets um ihren relativen Status innerhalb des internationalen Systems besorgt und zu dessen Erhalt sogar bereit, einen Krieg zu beginnen (Markey 1999). Folglich können Staaten einen Krieg beginnen, „um andere Nationen mit der Macht zu beeindrucken, welche sie tatsächlich besitzen, oder mit der Macht, von der sie glauben oder die anderen Nationen glauben lassen möchten, sie zu besitzen“ (Morgenthau 1948:89).

Die Entscheidung der Al Saud, einen Krieg im Jemen zu beginnen, hat ihren Ursprung im Streben nach Machtprestige. Dieser Entscheidung liegt das Ziel des Königreichs zugrunde, sowohl auf regionaler als auch internationaler Ebene seine Position zu stärken. Über Jahrzehnte hat sich das saudische Königshaus auf seinen religiösen Status als „Wächter über die beiden Heiligen Stätten“ und seinen Ölreichtum verlassen, um seine regionale Führungsrolle innerhalb der islamischen *Umma*, insbesondere der sunnitischen Welt, zu begründen. Riads Obsession bezüglich seines regionalen Prestiges kommt zu einer Zeit, in der Saudi-Arabiens Status ernstlich gefährdet ist. Der iranische Einfluss im Irak, in Syrien und im Libanon offenbarte das Versagen des Königreichs, als regionale Macht die Entwicklungen in seiner Nachbarschaft bestimmen zu können. Des Weiteren wurde sein Anspruch, die sunnitische Welt zu führen, vom Aufstieg anderer sunnitischer Gruppierungen infolge der arabischen Aufstände im Jahr 2011, insbesondere der Muslimbruderschaft in Ägypten, bedroht. Durch wichtige Siege im Irak und in Syrien setzte der „Islamische Staat“ (IS) den saudischen Anspruch auf die sunnitische Führung weiter unter Druck. Zudem war das Königreich unfähig, seine langjährigen Verbündeten – Ben Ali in Tunesien, Hosni Mubarak in Ägypten und Saleh

im Jemen – zu beschützen. Der verstorbene König Abdullah scheiterte in seiner Politik, den regionalen Einfluss des Königreichs zu verteidigen. Die neue Führung ist davon überzeugt, dass seine Politik den Status des Königreichs auf regionaler Ebene geschwächt hat. Im Zentrum dieser veränderten Wahrnehmung stehen König Salman und sein ungewöhnlich junger Verteidigungsminister, der gerade 30-jährige Prinz Muhammad, der zugleich Salmans Lieblingssohn ist. Dieser aufsteigende Zweig der regierenden saudischen Familie ist bestrebt, seine Autorität über das Land und die Region zu behaupten und das Prestige des Königreichs zu bewahren bzw. wieder zu stärken.

Die Machtverschiebungen seit den Umbrüchen von 2011 verschafften dem Königreich die Gelegenheit, seine regionale Führungsrolle neu zu definieren. Kein arabisches Land ist in der Lage, den Status einer dominierenden oder alleinigen Führung zu übernehmen – Ägypten konzentrierte sich auf seine eigenen, internen Probleme, und Syrien stürzte in einen Bürgerkrieg. Inmitten dieser „arabischen Schwäche“ tauchte das saudische Königreich als Führer im regionalen System auf. Im März 2011 intervenierte Saudi-Arabien in Bahrain, um das dortige Königshaus bei der Bekämpfung der Aufstände zu unterstützen. Auch die indirekte Unterstützung des Putsches gegen die Muslimbruderschaft und die Wiederherstellung eines Militärregimes 2013 in Ägypten gaben den Saudis die Zuversicht, eine wesentlich aggressivere und anmaßende Politik verfolgen zu können. Der Jemen – ein schwacher, gescheiterter Staat – schien ein ideales Ziel für die Implementierung der saudischen Prestigepolitik zu sein. Durch die Intervention im Jemen behauptet das saudische Regime den Anspruch, dass jedweder Sturz einer befreundeten Regierung nicht länger geduldet werde. Auf diese Weise haben die Saudis die klassische Strategie verfolgt, den Schwächeren anzugreifen, um seinen Gegnern eine Lektion zu erteilen. Letztlich zielt das Königreich mit dem Krieg im Jemen darauf ab, seiner selbst-proklamierten religiösen Führung über die islamische Welt die politische und militärische Führung über die arabische Welt wirkungsvoll hinzuzufügen.

Auf internationaler Ebene hält es das saudische Königreich für notwendig, sich als Regionalmacht zu etablieren, die in der Lage ist, ihre eigenen Interessen zu vertreten und ihre Kompetenz in der Verteidigungspolitik zu beweisen, insbesondere seit sich die USA unter der Obama-Administration aus

den Konflikten im Nahen Osten zurückgezogen haben. Seit seiner Gründung stützte sich das Königreich auf externe Mächte – zuerst auf die Briten, dann auf die Vereinigten Staaten –, um seine Sicherheit zu gewährleisten. Während des iranisch-irakischen Krieges (1980-1988) unterstützte Saudi-Arabien den Irak beim Angriff auf die Islamische Republik Iran. Im Jahr 1990 bat das Königreich die Vereinigten Staaten um Schutz gegen Saddam Hussein, der Kuwait überfallen und annektiert hatte. Während der 2000er Jahre verfolgten die Saudis ihre Interessen im Irak, in Syrien und im Libanon durch Stellvertreter. Nach den Aufständen im Jahr 2011 waren sie überzeugt, dass die Divergenzen zwischen Riad und Washington die regionalen Interessen des Königreichs behinderten. Da die USA nicht bereit sind, in Syrien zu intervenieren und zudem dabei sind, ihre Politik gegenüber Iran zu ändern (Stichwort Atomabkommen 2015), verabschiedet sich das saudische Königreich von seiner traditionellen Verteidigungsdoktrin und ist bestrebt, auf seine eigenen Sicherheitsressourcen zu zählen. In diesem Zusammenhang hat das Königreich ein vermehrtes Interesse daran, den Status einer Regionalmacht im Nahen Osten zu erlangen und will diesen Status von anderen, einschließlich den Vereinigten Staaten, anerkannt wissen.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund muss der jetzige Jemen-Krieg gesehen werden. Das „Prestigemotiv“ tritt seit Beginn der Intervention im Jemen in den täglichen Pressekonferenzen, die vom saudischen Verteidigungsministerium mit ausführlichen Lagebesprechungen über die Entwicklungen im Kampfgebiet abgehalten werden, deutlich hervor. Auf diesen Pressekonferenzen wird das Bild einer Regionalmacht vermittelt, die ihre eigenen Interessen mit aggressiven Mitteln schützen kann und zugleich ihren Stolz und ihr Prestige präsentieren will. So stellte Brigadegeneral Ahmad Asseri die angeblich erfolgreichen saudischen Angriffe im Jemen durch Fotos und Videos groß heraus. Diese öffentliche Präsentation von Lageberichten ist ein Novum in der saudischen Kriegsberichtspropaganda. Sie fokussiert insbesondere auf die Zurschaustellung der saudisch-arabischen militärischen Kapazitäten: Kriegsflugzeuge, Kampfhubschrauber, Panzer und bewaffnete Mannschaftstransporte. Rückschläge der Operation zur Bekämpfung der Huthi werden in den Pressekonferenzen hingegen unterschlagen. Darüber hinaus untersagt die saudische Regierung strengstens, die offiziellen Berichte des „gerechten“

und „notwendigen“ Krieges im Jemen in Frage zu stellen. Jeder saudische Staatsangehörige, der den Krieg kritisiert, riskiert eine hohe Geldstrafe und eine mehrjährige Haftstrafe.

Vom Prestige zur „Scham“

Das Prestigestreben der Saudis im Jemen hat sowohl für den Jemen selbst als auch für das Königreich gefährliche Konsequenzen. Der Krieg zwischen der von den Saudis geführten Militärkoalition und den Huthi-Rebellen treibt den Jemen humanitär an den Abgrund. Obwohl die saudische Intervention darauf abzielte, das Potenzial der Huthi zu zerstören, scheint sie eher deren Widerstandswillen und ihre Feindschaft gegen das Königreich anzufeuern, anstatt sie abzuschrecken. Obwohl die von Saudi-Arabien geführte Koalition Aden eroberte und bereits in andere wichtige Städten vordrang, ist es unwahrscheinlich, dass die Huthi ihren Widerstand aufgeben werden. Selbst im Fall eines Sieges der Saudis bleibt die Stabilität des Jemen unerreichbar.

Eine weitere, vermutlich unbeabsichtigte Implikation des Krieges im Jemen ist die Ausbreitung von al-Qaida und der lokalen Alliierten des „Islamischen Staats“ (IS) besonders im östlichen Jemen. Inmitten des durch den Zusammenbruch der Regierung sowie der Kämpfe zwischen der von den Saudis geführten Koalition und dem von den Huthi ausgelösten Chaos fanden diese Gruppierungen einen fruchtbaren Boden für ihre Ausbreitung. Da diese Gruppierungen ihre jeweils eigenen Zielsetzungen verfolgen und sowohl die von den Saudis geführte Koalition als auch die Huthi bekämpfen, ist eine Lösung des Konflikts noch komplizierter geworden.

Während Analysten in der Ausbreitung dieser extremistischen Gruppierungen die gefährlichste Entwicklung für den Jemen sehen, geht die größte Gefahr für das saudische Königreich von der durch den Krieg ausgelösten humanitären Krise aus. Seit März 2015 hat die von der Koalition über den Jemen verhängte See- und Luftblockade zu massiven Versorgungsproblemen geführt. Die saudischen Luftangriffe richteten sich in erster Linie gegen die Infrastruktur – Flughäfen, Straßen, Fabriken und Kraftwerke, aber auch gegen Zivilisten, Flüchtlingslager, Schulen, religiöse Einrichtungen und Wohngebäude, was die Opferzahlen des Krieges deutlich in die Höhe trieb. Trotz der zeitweise verkündeten Einstellung militärischer Aktionen und einer Änderung des Vorgehens hin

zum politischen Prozess „Operation Restoration Hope“ vom 21. April 2015 wurden die militärischen Operationen fortgesetzt. Was die Saudis als eine kurzzeitige Kampagne planten, scheint ein langer, zermürender Krieg zu werden. Dies bestätigt die Analyse von Regan (2001), dass eine fremde Intervention in eine interne Auseinandersetzung für gewöhnlich zur Ausweitung des Krieges und zu Instabilität führt und ein hoher humanitärer Preis dafür zu zahlen ist.

Die Militärintervention Saudi-Arabiens widerspricht seinem religiös-islamischen Narrativ, welches Solidarität und Brüderlichkeit unter Muslimen vorschreibt und verbietet, gegen andere Muslime zu kämpfen oder ihnen Schaden zuzufügen. Obwohl das Königreich die Huthi als „schiitische Andere“ darstellt, trifft die Kriegführung auch die sunnitische Bevölkerungsmehrheit. Ein Land (das Königreich), das sich rühmt, dem Islam und der muslimischen Gemeinschaft zu dienen, ist somit direkt für eine humanitäre Katastrophe in einem benachbarten muslimischen Land verantwortlich. Dieser Widerspruch kann zu dem führen, was der britische Soziologe Giddens als „shame“ (Scham) beschrieben hat (Giddens 1991:65). Auf staatlicher Ebene bedeutet „Scham“ die Sorge des Staates, sein Handeln mit den Beschreibungen, die die Staaten zur Darstellung ihrer eigenen Identität verwenden, in Einklang zu bringen, und diese sowohl auf interner als auch internationaler Ebene zu rechtfertigen.

Um sich die Risiken von „Scham“ im politischen Bereich zu vergegenwärtigen, lohnt es sich, die ägyptischen Erfahrungen während des Jemen-Krieges (1962-1967) zu rekapitulieren, um die möglichen Auswirkungen des gegenwärtigen Jemen-Krieges auf das saudische Königreich zu verstehen. Im Jahr 1962 intervenierte Ägypten in eine interne jemenitische Auseinandersetzung, um einen Regimewechsel zu unterstützen. Diese Intervention, von Nasser als kurzfristige Aktion gedacht, dauerte fünf Jahre und trug zur Niederlage Ägyptens im Nahostkrieg gegen Israel im Jahr 1967 sowie zum Verlust seiner regionalen Machtposition bei (Ferris 2013). Nach fünf Jahre dauernden Kämpfen blieb der Jemen zwar als Republik bestehen, aber um einen hohen Preis. Der ägyptische Krieg im Jemen wird oft mit dem Krieg der USA in Vietnam verglichen – bezüglich seiner Kosten, Opfer, sowie der Desillusionierung der Bevölkerung mit ihrer politischen Führung. Die ägyptischen Führer erlitten Schmach und Scham, und sie gerieten in Verlegenheit, weil es ihnen schwer fiel, die hehren

Ideale des Panarabismus mit dem Verrat derselben Ideale durch ihre Intervention im Jemen in Einklang zu bringen. Dieser jemenitische Krieg wird deshalb in der ägyptischen Geschichte seither als eine „missglückte Episode“ angesehen.

Da zu befürchten ist, dass sich der gegenwärtige Krieg Saudi-Arabiens gegen den Jemen noch ausweiten und in die Länge ziehen wird, kann es dem Königreich in ähnlicher Weise zunehmend schwer fallen, seinen „guten Ruf“ in der islamischen Welt mit seinen Aktionen, die nach Einschätzung der UNO bereits mehr als 20 Millionen Menschen in eine „massive humanitäre Krise“ stürzten, in Einklang zu bringen. Anfang August 2015 gab das Internationale Komitee des Roten Kreuzes bekannt, dass der Krieg im Jemen inzwischen mehr als 4.000 Tote unter der Zivilbevölkerung gefordert und 1,3 Millionen Jemeniten zur Flucht gezwungen hat.⁵ Das Königreich kann zwar seine Kontrolle über die nationale mediale Berichterstattung bezüglich des Jemen verschärfen und die Aufmerksamkeit auf sein eigenes gewaltiges Militärpotenzial lenken. Das wird jedoch nicht ausreichen, um international die Wahrheit über die reale Lage der Bevölkerung zu verschleiern. Der Imageschaden kann weitreichende Konsequenzen für die Stabilität des Königreichs haben.

Infolge des Jemen-Krieges und der Niederlage gegen Israel im Jahr 1967 verlor die Ägyptische Republik ihr Ansehen als panarabische Führungsmacht. Staatspräsident Anwar as-Sadat (1970-1981) konnte diesen Verlust allerdings durch die Wiederbelebung eines ägyptischen einzelstaatlichen Nationalismus und die Neudefinition einer nationalen Identität partiell auffangen. Ein ähnliches Szenario ist für das saudische Königreich nicht denkbar, weil es ihm an einer starken nationalen Identität mangelt. Eine Situation der Scham würde somit die staatliche Identität deutlich stärker in Frage stellen, was die Herrschaft der Al Saud langfristig destabilisieren könnte.

Literatur

Almasmari, Hakim et al. (2015), Yemen Conflict Devolves into Proxy War, in: *Wall Street Journal*, online: <www.wsj.com/articles/saudi-arabia-pres-ses-sunni-security-force-as-bulwark-against-iran-1427415577> (13. Juli 2015).

Carapico, Sheila (2013), No Exit: Yemen's Existential Crisis, in: David McMurray and Amanda Ufheil-Somers (Hrsg.), *The Arab Revolts: Dispatches on Military Democracy in the Middle East*, Bloomington, IN: Indiana University Press, 120-127.

Fearon, James D. (1995), Rationalist Explanations of War, in: *International Organization*, 49, 3, 379-414.

Ferris, Jesse (2013), *Nasser's Gamble: How Intervention in Yemen Caused Six-Day War and the Decline of Egyptian Power*, Princeton: Princeton University Press.

Giddens, Anthony (1991), *Modernity and Self-Identity*, Stanford, CA: Stanford University Press.

Hughes, Geraint Alun (2014), Syria and the Perils of Proxy Warfare, in: *Small Wars and Insurgencies*, 25, 3, 522-538.

International Crisis Group (2014), *The Huthis: From Saada to Sanaa*, online: <www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/iraq-iran-gulf/yemen/154-the-huthis-from-saada-to-sanaa.aspx> (10. Juli 2015).

Kerr, Malcolm (1971), *The Arab Cold War: Gamal 'Abd al-Nasir and His Rivals, 1958-1970*, Oxford: Oxford University Press.

Lindemann, Thomas (2010), *Causes of War: The Struggle for Recognition*, Colchester: ECPR Press.

Markey, Daniel (1999), Prestige and the Origins of War: Returning to Realism's Roots, in: *Security Studies*, 8, 4, 126-172.

Morgenthau, Hans (1948), *Politics Among Nations: The Struggle for Power and Peace*, New York: McGraw-Hill.

Regan, Patrick (2001), *Civil Wars and Foreign Powers: Outside Intervention in Intrastate Conflict*, Ann Arbor: University of Michigan Press.

Salmoni, Barak, Bryce Liodolt und Madeleine Wells (2010), *Regime and Periphery in Northern Yemen: The Huthi Phenomenon*, Santa Monica, CA: RAND Corporation, online: <www.rand.org/pubs/monographs/MG962.html> (9. Juli 2015).

Waktin, Ali et al. (2015), Iran Warned Houthis against Yemen Takeover, in: *The Huffington Post*, online: <www.huffingtonpost.com/2015/04/20/iran-houthis-yemen_n_7101456.html> (10. Juli 2015).

Weber, Max (2009), *Wirtschaft und Gesellschaft – Gemeinschaften*, Studienausgabe der Max-Weber-Gesamtausgabe, Teil 1, Band 22, 66, Tübingen.

⁵ Online: <<http://reliefweb.int/report/yemen/icrc-head-sanaa-assess-yemen-conflict-cost>> (12. August 2015).

■ Die Autorin

May Darwich ist Research Fellow am GIGA Institut für Nahost-Studien und Doktorandin an der Universität von Edinburgh. Sie arbeitet zurzeit innerhalb des Projektes „The International Cooperation and Diffusion of Authoritarian Regimes“. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die internationalen Beziehungen des Nahen Ostens und die Außenpolitik der arabischen Staaten.

<may.darwich@giga-hamburg.de>, <www.giga-hamburg.de/en/team/darwich>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Projekt „The International Cooperation and Diffusion of Authoritarian Regimes“ als Teil des GIGA Forschungsprogramms 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden vergleichende Studien zu politischen Transformationsprozessen, der Bedeutung von Wahlen und dem Zusammenspiel von Regierungen und Oppositionen durchgeführt. Im Forschungsprogramm 4 „Macht, Normen und Governance in internationalen Beziehungen“ befassen sich GIGA-Wissenschaftler mit Fragen internationaler Beziehungen und außenpolitischer Strategien regionaler Mächte.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André, Thomas Richter und Anna Sunik (2015), Long-Term Monarchical Survival in the Middle East: A Configurational Comparison, 1945-2012, in: *Democratization*, 22, 1, 179-200.

Bank, André, Thomas Richter und Anna Sunik (2014), Durable, Yet Different: Monarchies in the Arab Spring, in: *Journal of Arabian Studies: Arabia, the Gulf, and the Red Sea*, 4, 2, 163-179.

Darwich, May (2014), *The Ontological (In)security of Similarity: Wahhabism versus Islamism in Saudi Foreign Policy*, GIGA Working Papers, 263, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

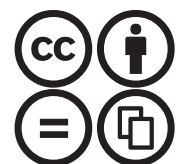
Fürtig, Henner (Hrsg.) (2013), *Regional Powers in the Middle East. New Constellations after the Arab Revolts*, New York: Palgrave Macmillan.

Fürtig, Henner (2014), Das Haus Saud und die Wahhabiyya, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 64, 46, 3-11.

Richter, Thomas (2013), Saudi Arabia: A Conservative P(l)ayer on the Retreat?, in: Henner Fürtig (Hrsg.), *Regional Powers in the Middle East. New Constellations after the Arab Revolts*, New York: Palgrave Macmillan, 177-190.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Stephan Rosiny; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Silvia Bücke;

Übersetzung aus dem Englischen

Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM